

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gesamtnummer: 26 241.  
Nur für Nachdruck: 20 011.

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. März 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1.50 M.  
Jahrespreis für Monats März 3 Monate ohne Postgebühren.  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Goldmann berechnet: Die einmalige 30 mm breite Zeile 10 Pfg., für auswärts 25 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außer als 20 Pfg., die 90 mm breite Zeile 150 Pfg., mehr als 200 Pfg. Dreierzeilen 10 Pfg. Wasm. Inklusiv des Vorkaufgebührens.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38 42.  
Druck u. Verlag von Joseph & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachrichten“ wolle. Unvollständige Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Genfer Alarm gegen Rußland.

### Der Kampf zwischen Rußland und den englischen Einkreisungsabsichten durch den Völkerbund. Danzigs Angebot für seine Zahlungen an Repko und Botschafterkonferenz. — Die Verhandlungen im Steuer Ausschuss.

#### Art. 16 als Fundament des Völkerbundes.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)  
Genf, den 10. März.  
Wer die Versicherungen Chamberlains, daß England keine gegen Rußland gerichteten Einkreisungsabsichten habe, und daß die Ratifikation des Abkommens wegen Mesopotamiens durch Italien ohne jedes englische Zutun so überraschend erfolgte, für bare politische Münze nahm, der sieht sich heute durch ergänzende Darstellungen und Forderungen — die sich sämtlich auf das Verhältnis der Völkerbundsstaaten zu Rußland beziehen — mehr oder weniger Äugen gestraft. Eine gewisse Presse bemüht sich zwar, sämtliche in dieser Hinsicht umlaufenden Gerüchte zu dämpfen und als sowjetische Propaganda zu brandmarken; wenn aber gleichzeitig das völkerbundlich-offizielle „Journal de Genève“ — in seinem meistens eintreffenden Vermutungen allen anderen Organen um zwei Tage voraus — heute in einem langen Artikel sich um völkerbündliche Fragen im Zusammenhang mit Rußland bemüht, dann kann wohl kein einigermaßen mit Genf vertrauter Beobachter mehr annehmen, daß seine englische Einkreisungsabsicht, mit Hilfe des Völkerbundes, bestehe, und es kann auch niemand mehr erwarten, von Genf aus werde nun nicht allmählich versucht, bestehende oder zu schaffende Bande — die manche Nachbarn Rußlands mit der Sowjetregierung eingegangen sind oder eingehen wollen — zu lockern. Soviel ersichtlich ist, kann ein gewisser Druck schon in kurzer Zeit einlefen.

In diesem Zwecke wird vor allem Art. 16 des Pactes, im Zusammenhang mit den Art. 13, 14 und 15, in den Vordergrund gehoben. Diese Artikel beziehen sich auf die Festsetzung einer Negierung als Angreifer und auf die aus dieser Festsetzung erwachsenden Folgen sowohl für den betreffenden Staat wie auch für jeden weiteren Staat, der sich in Widerspruch zu den vorgezeichneten automatischen Wirkungen der Artikel stellt.  
Sie bedeuten, sagt das offizielle Organ, daß es im Völkerbund (mit Ausnahme der Schweiz) eine Neutralität bei Konfliktsfällen nicht geben darf, und es bezeichnet die genannten Präzisionsbestimmungen geradezu als die Grundlage des Völkerbundes überhaupt, mit denen er steht und fällt. Da sich niemals eine Negierung — weder innenpolitisch noch außenpolitisch — stark genug fühlen könne, um die große Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, von Genf aus als Angreifer bezeichnet zu werden und damit einen Krieg gegen die halbe Welt zu führen, werde der Völkerbund den Frieden nur dann antretenerhalten können, wenn ihm der Art. 16 als starke Drohung zur Verfügung stehe. Von dem Tage an werde der Völkerbund ohnmächtig sein, an dem Art. 16 genügend geschwächt, willkürlich ausgeleitet und genügend widersprochen worden sei, um fast ein allen Regierungen durch einschüßendes Mittel nur noch eine Vogelscheuche darzustellen.

Dieses ungeheure Fundament werde nur in höchstem Maße bedroht, und zwar neben den Vereinigten Staaten von Rußland.  
In den Verträgen, die von den Vereinigten Staaten mit Panama und Nicaragua abgeschlossen werden, wird der Völkerbund vollständig ignoriert. Panama mußte sich verpflichten, an der Seite der U. S. A. in jeden Krieg einzutreten, ohne nach den Ursachen zu fragen. Das heißt: Wenn in einem kommenden Kriege die Vereinigten Staaten als Angreifer festgelegt werden, so würde das Völkerbundsmitglied Panama auf der Seite des geschätzten Angreifers gegen den Völkerbund kämpfen. Da Panama den unerhörten Vertrag allmählich noch nicht ratifiziert habe, und ihn nur unter Druck ratifizieren werde, sagt das völkerbündliche Organ, so müsse jetzt der Völkerbundsrat so wohl Panama als Nicaragua zu Hilfe eilen, was nicht durchaus wegen der Karagua weniger beruhigenden Selbstständigkeit dieser Länder, sondern mehr wegen der Gefährdung der Aufstellung von Präzedenzfällen für Europa. Wenn der Völkerbund, so heißt es weiter, seinen amerikanischen Mitgliedern schaltet, sich ganz im Widerspruch zu Artikel 16 des Pactes an die Vereinigten Staaten zu binden — wie sollte er dann den europäischen Staaten verbieten können, sich Rußland gegenüber der Neutralität zu verpflichten.

Ganz übereinstimmend mit den Geschehnissen des Dienstag wird die Politik Moskaus als viel hinterlistiger und zugleich gefährlicher als diejenige Washingtons bezeichnet, und es wird festgestellt, daß Rußland in seinen Verträgen, die es mit Nachbarn abschließt, gleichfalls darauf hinwirft, gerade den Artikel 16 des Völkerbunds paktis anzuhängen, indem Rußland stets den Begriff der „obligatorischen Neutralität“ einführt und damit die sämtlichen Vertragsstaaten in Widerspruch zu ihren eingegangenen Verpflichtungen als Völkerbundsmitglieder bringt. Denn Neutralität ist unverträglich mit der Idee der Sanktionen gegen einen Angreifer. Es wird in diesem Zusammenhang an den

#### Vertrag mit Deutschland

erinnert, der vor einem Jahre zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossen worden ist, und in dem sich das Deutsche Reich verpflichtet, neutral zu sein im Falle, daß Rußland

angegriffen werde. Wegen dieser Bestimmung ist durchaus nichts einzuwenden, denn sie steht mit dem Pakt nicht in Widerspruch. Dahingegen — und dies wiegt in Genf jetzt offenbar schwer, obwohl juristisch auch keine Verletzung des Pactes vorliegt — hat Deutschland beigefügt, daß es im Völkerbund jederzeit gegen die Deklaration, daß Rußland Angreifer sei, stimmen könne. Rußland würde also — durch das einfache Veto Deutschlands — tatsächlich unangreifbar, in Rußland könnte jede Anstrengung, es als Angreifer zu bezeichnen, im Schutze Deutschlands belanden. Es ist klar, daß dieser Sachverhalt — der übrigens auch ohne die Erklärung bestehen würde — bei den Bemühungen zur Herstellung einer rußlandfeindlichen europäischen Front unangenehm ist und als schwerwiegendes politisches Faktum gewertet wird, das man allen entgegengeleiteten Versicherungen zum Trotz ohne Zweifel gern irgendetwas aufheben möchte. Gelänge dies, so würde sich Deutschland eines Rechtes begeben, das ein Hauptcharakteristikum der Eigenschaft, Mächte zu sein, darstellt. Ebenso politisch unangenehm ist der russisch-italienische Vertrag, der dem deutsch-russischen sehr ähnlich ist, heißt es weiter. Was nun den offenbar bevorstehenden Vertrag Lettlands mit Rußland anbetrifft, so wird er als noch viel gefährlicher

deklariert. Lettland will ein Protokoll unterschreiben, wonach der Völkerbunds pakt nicht gegen den neuen Vertrag ausgelegt werden dürfe, während Litauen doch wenigstens feststellte, der Vertrag mit Rußland könne nicht gegen den Pakt ausgelegt werden.  
Dies alles sind nach der neuesten Genfer Auslegung ver zweifelt gefährliche Angelegenheiten; es stimmt mit den un zweifelhaften augenblicklichen Bestrebungen genau überein, daß der Völkerbundsrat seine jetzige Session dazu benütze müsse (nebenbei sowohl Panama und Nicaragua, um Litauen, Lettland sowie Estland zu Hilfe zu kommen, indem er ihnen durch ein striktes Verbot, gegenüber Rußland Verpflichtungen einzugehen, die mit Artikel 16 nicht vereinbar seien, den Rücken stärke. Der Völkerbundsrat sei dazu verpflichtet, weil solche Neutralitätsverträge einmal die Selbstständigkeit der betreffenden Staaten verlege, dann mit dem Pakt unverträglich seien, weil sie die Solidität des Völkerbundes und damit den Weltfrieden (!) erschüttern.  
Man sieht aus diesen Ausführungen ohne Zweifel, daß die Isolierungsbestrebungen Englands in Genf bereits fröhlichen Widerhall finden und nach Verankerungen suchen, die augenblicklich stark vorbereitet werden.

## Deutschland besteht auf Räumung der Saar.

### Noch kein Kompromiß gefunden.

Berlin, 11. März. Gegenüber anderslautenden Nachrichten wird von zutreffender Stelle darauf hingewiesen, daß ein Kompromiß in der Saarsrage zurzeit noch nicht gefunden sei. Das geht schon daraus hervor, daß die Saarsfrage erst am Sonntagabend im Rat verhandelt werden soll, also auf den letztmöglichen Termin verschoben ist. Die Nachricht, daß Frankreich eventuell auf den Bahnstrecke überhaupt verzichten werde, dafür aber bei Besatzungstruppen in stark vermindertem Ausmaß beizubehalten wünscht, ist unwahrscheinlich und beruht offenbar auf einem Irrtum. Jedenfalls wäre ein solcher Vorstoß für Deutschland völlig unannehmbar, da Deutschland nach wie vor darauf dringen muß, daß die Besatzungstruppen überhaupt verschwinden. (Z.)

### Die Ratslagung am Vormittag.

Genf, 11. März.  
Zu Beginn der heutigen Sitzung gedachte Dr. Stresemann des katastrophalen Unfalls, von dem Japan heimgekehrt worden ist, und sprach der japanischen Negierung wie dem japanischen Volke warme Worte der Teilnahme aus, auf welche der Vertreter Japans mit Dankworten erwiderte.  
Hierauf trat der Rat in die Behandlung der Opiumfrage ein. Ferner wurde auf einen Vorschlag, den Reichsminister Stresemann in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für wirtschaftliche Angelegenheiten machte, beschlossen, im Spätherbst dieses Jahres in Genf eine diplomatische Konferenz von Regierungsvertretern zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention beizubehalten und die Verbote und Einschränkungen für Ein- und Ausfuhr einzuberufen.  
Gleichzeitig wurde auf Antrag von Dr. Stresemann der Tätigkeitsbericht des Wirtschaftsausschusses genehmigt und grundsätzlich dessen Vorschläge angenommen, im nächsten Jahre eine internationale Konferenz amtlich tätiger Statistiker zwecks Vereinfachung der Wirtschaftskennzeichnung abzuhalten. Die Sitzung wurde darauf für nichtöffentlich erklärt.

### Deutschlands erkeuliches Bekenntnis zum Völkerbund.

Pariser Stimmen zu den Ausführungen Dr. Stresemanns.  
Paris, 11. März. Der Sonderberichterstatter des offiziellen „Petit Parisien“ nimmt ausführlich zu den gestrigen Ausführungen Dr. Stresemanns vor der internationalen Presse Stellung. Das Blatt meint, Stresemanns Ausführungen verrieten gleichzeitig eine große Sorge, neutral zu bleiben, und den Wunsch, eine Verständigung zu erzielen. Das doppelte Dementi des deutschen Außenministers zu den Gerüchten über eine von England geplante antiliberalistische Front und das Vorhandensein von Geheimklauseln in den Verträgen von Rapallo und Berlin verdiene gleichfalls unterfuchen zu werden. Im ganzen seien die Erklärungen Dr. Stresemanns in Genf günstig aufgenommen worden.

Besonders würdigt man das klare Bekenntnis zum Völkerbund und zu der in Locarno begonnenen Annäherungspolitik. Sodann bedauert der „Petit Parisien“, daß das Bekenntnis zu dieser Politik sich bis jetzt noch nicht wenigstens in einem guten Willen bei der Regelung der Frage der Saarländischen Eisenbahnschutztruppe umgekehrt habe.

Wird nach den Erklärungen Stresemanns Briand sprechen? so fragt im „Echo de Paris“ Ferninax, der sich wegen der von dem deutschen Außenminister angekündigten Zurückziehung des Rheinlandsproblems stark beunruhigt zeigt. Stresemann sei mit seinem Vorgehen durchaus im Recht; aber die These des Quai d'Orsay stimme nicht, so erklärt das Blatt,

### Danzigs Reparationsangebot.

Die Zahlungen an Botschafterkonferenz und Repko.  
Danzig, 11. März. Zwecks vollständiger und endgültiger Regelung der Gründungs- und Reparationskosten hat der Danziger Senat, wie heute amtlich bekanntgegeben wird, am 1. März der Botschafterkonferenz und der Reparationskommission schriftliche Angebote unterbreitet, deren Wortlaut nunmehr veröffentlicht wird.  
In dem Schreiben an den Generalsekretär der Botschafterkonferenz in Paris heißt es:  
„Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich unter der Bedingung, daß das Anleiheabkommen vor dem 31. März 1927 abgeschlossen wird, innerhalb 10 Tagen, von dem Tage an gerechnet, an dem die zweite Rate der vom Völkerbundsrat empfohlenen Anleihe seitens der Darlehensgeber der Freien Stadt Danzig ausgeschrieben worden ist, 240 000 Pfund Sterling der Anleihe dem vom Räte des Völkerbundes für diese Anleihe ernannten Trust zur Verfügung für die Botschafterkonferenz zu überweisen. Die Zahlung dieses Betrages von 240 000 Pfund Sterling soll endgültig und völlig alle Ansprüche gegen die Freie Stadt Danzig, für deren Erstattung die Botschafterkonferenz verantwortlich ist, erledigen. Dieses Angebot ist nur gültig, wenn die Botschafterkonferenz vor dem 31. März 1927 erklärt, daß alle ihre Forderungen gegen die Freie Stadt Danzig sowohl hinsichtlich des Kapitals wie der Zinsen durch die vorerwähnte Zahlung erledigt sind.“

In dem Schreiben an den Generalsekretär der Reparationskommission heißt es:  
„Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, innerhalb zehn Tagen, von dem Tage an gerechnet, an dem die zweite Rate der Anleihe seitens der Darlehensgeber der Freien Stadt Danzig ausgeschrieben ist, 360 000 Pfund Sterling der Anleihe dem vom Räte des Völkerbundes ernannten Trust für die Anleihe zur Verfügung für die Reparationskommission zu überweisen. Dieser Betrag von 360 000 Pfund soll dazu dienen, alle direkten und indirekten Verpflichtungen, die für die Freie Stadt aus der Uebernahme des ehemaligen deutschen Staatsvermögens herrühren, für einen Zeitraum von zwanzig Jahren zu regeln. Dieses Angebot ist nur gültig, wenn die Reparationskommission vor dem 31. März 1927 erklärt, daß sie keine weiteren Forderungen gegen die Freie Stadt Danzig oder gegen den Hafenausschuß weder für Kapital noch für Zinsen während des erwähnten Zeitraumes von zwanzig Jahren stellen wird, und daß während dieses Zeitraumes jeder Saldo, der von der Freien Stadt Danzig oder dem Hafenausschuß geschuldet bleibt, nicht verzinst wird.“  
Mit der Annahme dieser beiden Angebote der Freien Stadt Danzig durch die Botschafterkonferenz und die Reparationskommission ist, wie an zuständiger Stelle verlautet, sicher zu rechnen.

### Deutschlandhefe Polens in Amerika.

Berlin, 11. März. Die „Chicago Tribune“, die Enthüllungen über die Beziehungen und angeblichen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland gebracht hatte, hat seit einiger Zeit eine ständige Rubrik „Polen“ eingerichtet, in der mit allen Mitteln gegen Deutschland Stimmung gemacht wird. Andere amerikanische Blätter sind von polnischer Seite ersucht worden, gegen Bezahlung eine entsprechende Rubrik einzurichten, haben das Angebot aber abgelehnt.